

In Posen
außer in der Expedition
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedrichstr. 4.
in Grätz bei Herrn J. Streifand;
in Frankfurt a. M.:
G. F. Dörbe & Co.

Posener Zeitung.

Vierundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 561.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-
jährlich für die Stadt Posen 12 Thlr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Donnerstag, 30. November

Inserate 1/4 Sgr. die geschaltete Zeile oder
deren Raum, wenn verhältnißmäßig höher,
find an die Expedition zu richten und werden für
die an denselben Tage erscheinende Nummer nur
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1871.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 29. Nov. Von Sr. Majestät Marine werden einige Schiffe in Dienst gestellt, um ein Evolutionsgeschwader zu bilden, das für einige Zeit zur Uebung im Atlantischen Ozean kreuzen soll. Gerüchte über eine weitere Bestimmung sind durchaus vorläufig.

Kassel, 29. Novbr. Ihre M. die Kaiserin hat im Laufe des heutigen Tages die Henschel'sche Maschinenfabrik besichtigt und seit Abends 7 1/2 Uhr mittelst Extrazuges ihre Reise fort.

München, 29. November. Der König hat dem Oberhofbaurath Straß und dem Professor Mommsen in Berlin, Paul Heyse und Professor Meißner in München, Andreas Schenck in Düsseldorf und Dr. Gregorovius in Rom den Maximiliansorden für Kunst und Wissenschaft verliehen.

Dresden, 29. Nov. Zum Präsidenten der ersten Kammer ist Kammerherr v. Zehmen ernannt. Die feierliche Eröffnung des Landtages durch den König soll dem „Dresdener Journal“ zufolge am 2. Dezember stattfinden.

Wien, 29. Nov. Wie der „Wiener Abendpost“ mitgetheilt wird, ist Baron Koller auch zum Höchstkommmandirenden der Truppen in Böhmen ernannt worden und vereinigt somit in seiner Person die höchsten Zivil- und Militärgewalt für Böhmen. — Sicherem Vernehmen nach ist dem Fürsten Metternich die erbetene Entlassung von seinem Posten als Vizekanzler bei der französischen Regierung gewährt worden und ist derselbe nach Paris abgereist, um seine Abberufung zu notifizieren. — Die „Wiener Ztg.“ meldet in ihrem amtlichen Theile die Ernennung des General der Kavallerie, Baron Langenau, zum Gesandten in Petersburg.

Wien, 29. Nov. Durch die Vermittelung Goluchowski's beginnt das Ministerium neuerdings wieder die bereits abgebrochenen Verhandlungen mit den Polenklub zum Behufe endgültiger Verständigung. — Die liberale Partei wird im Reichsrathe die Majorität haben, weil die mehrheitlichen Großgrundbesitzer deutsch-liberal wählen werden. — Die Merikalen erlassen zahlreiche Wahlaufträge. — Der Posten des Ministers für Polen bleibt unbesetzt. — Die heute erschienene „N. Fr. Presse“ meldet, daß die Kreditanstalt nur einigen Modifikationen im ungarischen Eisenbahnvertrage zustimmt, weil sie voraussetzt, der Reichstag werde es bei geringen Abänderungen bewenden lassen. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Prag, 29. November. Anlässlich der Erzeße, welche beim Empfange Kiegers stattgefunden, fand heute die erste Schlussverhandlung an. Der Maler Hynel, der öffentlichen Gewaltthatigkeit angeklagt, erhielt eine Woche schweren Kerker. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Paris, 28. Nov. (Verspätet eingetroffen.) Heute Vormittag wurde das Todesurtheil gegen Kossel Ferré und Bourgeois in Satory durch Erschießung vollstreckt. Es waren nur wenige Personen anwesend. 3000 Mann Truppen standen unter den Waffen. — „Temps“ zufolge soll das Kriegsgericht, welches mit der Untersuchung über die unter Bruch des Ehrenwortes aus Deutschland flüchtig gewordenen kriegsgefangenen französischen Offiziere beauftragt ist, dahin entschieden haben, daß alle höheren Offiziere, welchen in dieser Beziehung ein Verschulden zur Last fällt, außer Aktivität zu setzen seien. Dasselbe soll mit jenen in diese Kategorie fallenden Subaltern-Offizieren der Fall sein, welches aus anderen Gründen von der Gradon-Kommission auf das Verzeichniß der zu Entlassenden gestellt worden sind. — Das von mehreren Journalen verbreitete Gerücht, Thiers wolle in seiner Votschaft bei Eröffnung der Nationalversammlung den Wunsch nach endgültiger Konstituierung der Regierung ausdrücken, wird in gut unterrichteten Kreisen als unbegründet bezeichnet; die Votschaft werde vielmehr die Verfassungsfragen in keiner Weise berühren.

Paris, 29. Nov. Die „Debats“ melden aus Rom: Dem erkrankten deutschen Botschafter ging nach Florenz die Weisung zu, Alles aufzubieten, um der Parlamentsöffnung in Rom beizuwohnen zu können. Er ist dieser Weisung auch nachgekommen. — Es wird in Rom sehr übel gedeutet, daß Thiers dem Papste das Schloß Pau als eventuelle Residenz (also nahe der italienischen Marken) überweisen will. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Brüssel, 29. Nov. Ein durch Straßenanschlag verbreiteter Erlaß des Bürgermeisters verbietet jede Ansammlung vor dem Palais de nation. — Wie die „Indépendance“ meldet, wurde Thomissen, Mitglied der Rechten, Deputirter für Hasselt, zum Könige berufen.

Bern, 29. Nov. Der Nationalrath beschloß bei Fortberathung der Vorlage wegen Revision der Bundesverfassung: Jeder Kantonsbürger ist Schweizerbürger und als solcher an seinem Wohnsitz zur Theilnahme an allen eidgenössischen Abstimmungen berechtigt. Die aktive Theilnahme an Abstimmungen in Kantonal- und Gemeindeangelegenheiten setzt dreimonatliche Niederlassung in einem Kantone voraus. — Vom großen Rathe in St. Gallen sind zwei Millionen für die Splügenbahn vermittelt worden. — Die Schweizerische Gesandtschaft ist von Florenz nach Rom übergesiedelt.

Rom, 28. Nov. Viele Gemeinden und Korporationen haben dem Könige zur Eröffnung des Parlamentes beglückwünschende Schreiben gesandt.

Mailand, 28. November. Die Baugesellschaft der Splügen-Eisenbahn hat sich mit einem Kapital von 85 Millionen konstituiert. Die Bahn soll binnen 4 Jahren fertig sein. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Belgrad, 29. November. Das Journal „Vidobdan“ bringt in einer italienischen Korrespondenz die Zirkularnote Andrassy's im Auszuge. Andrassy sagt in derselben, daß er die Politik des aufrichtigsten Friedens befolgen werde. Die Mission Oesterreichs liege in Oesterreich

selbst, dasselbe bedarf keiner Vergrößerung; des Landes Aufgabe sei seine innere Entwicklung und die Ausgleichung der Gegensätze. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

Bukarest, 28. Nov. Bei der Neuwahl des Bureaus der Kammer erhielt der Kandidat der Opposition nur 23 Stimmen.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 29. November.

Die „Provinzial-Korrespondenz“ bespricht heute die von Franzosen an deutschen Soldaten begangenen Mordthaten und die Freisprechung der Mörder, sowie die den Mord beschönigenden Aeußerungen französischer Justiz-Beamten. Das ministerielle Blatt sagt:

An demselben Tage, wo dieses unwürdige Schauspiel vor einem französischen Gerichte spielte, empfing der Präsident der Republik die Abgeordneten der chinesischen Regierung, die ihm melden sollten, daß die Uebelthäter, welche im vorigen Jahre französische Unterthanen in China gemordet hatten, ihre gerechte und schwere Strafe erhalten haben. Hr. Thiers erwiderte diese Mittheilung in einer Rede, in welcher er die Chinesen darüber belehrte, wie jede Nation der andern gegenüber den Anspruch erheben dürfe, daß Verbrechen, die gegen ihre Angehörigen begangen werden, mit voller Strenge bestraft werden. Er fügte hinzu: „Die Pflicht der Regierungen ist es, nicht bloß die Vergehen der Volksmenge zu strafen, sondern auch ihre Leidenschaften zu mäßigen, ihre Vorurtheile zu bekämpfen und die Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit zur Geltung zu bringen.“ Die Pflichten, welche das Oberhaupt der französischen Republik den Chinesen ans Herz legte, werden mit größerem Recht den Franzosen selbst zu verkünden und eindringlich zu empfehlen sein. Deutsche Gerichte haben es ihrerseits am Beispiele strenger Gerechtigkeit nicht fehlen lassen: ein bairischer Soldat, der im August d. J. einen Franzosen, mit dem er getrunken hatte, dann ermordete, ist von einem bairischen Gericht zum Tode verurtheilt worden. Die ekelhafte Haltung der französischen Bevölkerung und der französischen Gerichte kann aber nicht bloß ein Gegenstand ernster Betrachtungen sein, sie ist für uns von der dringendsten praktischen Bedeutung. Wie der Staatsanwalt in Paris daran erinnerte, daß noch sechs Departements vom Feinde besetzt seien, so müssen wir unserer braven Truppen in Frankreich gedanken, deren Sicherheit aufs Höchste gefährdet ist, wenn die französischen Gewisoren nicht bloß, sondern auch die höchsten richterlichen Beamten solche nichtswürdigen Grundsätze zur Beschönigung des Mordes an Deutschen verkünden können.

Ueber das „Nothgesetz gegen die Ultramontanen“ spricht sich das Organ der Freikonserativen die DRC. wie folgt aus:

Bei der Abstimmung über den Herrn v. Luz so geistvoll motivirten Zusatz zum Strafgesetzbuch sind die Mitglieder der besonnenen Fraktionen bedeutend auseinandergegangen. Zweigetheilten Herzens ist auch ein großer Theil derjenigen Abgeordneten gewesen, welche schließlich für den Antrag gestimmt haben. Die Bedenken, welche man von national-liberaler Seite gegen den schließlich doch akzeptirten Antrag auf der Seele hatte, sind durch Treitschke in musterhafter Art geltend gemacht worden. Aber auch in andern Theilen des nationalen Lagers hat man für den Antrag nur deshalb gestimmt, weil man seine Verwerfung von Seiten des Reichstags für einen noch größeren politischen Fehler hielt, als seine Einbringung seitens der Regierung gewesen ist. Ueber das letzte Urtheil staunen vielleicht Anfangs manche unserer Leser, denen die berechtigte und tief gewurzelte Abneigung unserer wahren Mittelpartei gegenüber der Centrumsfraktion bekannt ist. Wir glauben aber unseren Ausspruch, daß der Bundesrath mit Annahme des Luz'schen Vorschlages ein nicht unbedeutendes Versehen begangen hat, in den Augen der Einsichtigen doch motiviren zu können.

Wie aus Reichstagskreisen mitgetheilt wird, kommen die verschiedenen Petitionen um Aufhebung des Jesuiten-Ordens jedenfalls noch im Reichstage zur Berathung, sicher nicht ohne Zustimmung der Regierung.

Gegenwärtig sind zu besetzen: das Ober-Präsidium zu Kassel, die Regierungspräsidien zu Osnabrück, Düsseldorf und Trier und die Vizepräsidentur in Münster.

Gestern wurde durch militärische Eskorte von der Festung Thorn aus ein ehemaliger französischer Kriegsgefangener Namens von-Vader-ben-Ad vom 1. Regiment des traineurs algeriens an die hiesige Militärbehörde abgeliefert. Derselbe hat sich f. Z. an einer Meuterei betheiliget und ist durch diesseitiges Kriegsgericht zu 15 Jahren Festungshaft verurtheilt worden. Aus Gesundheitsrücksichten wird er aus der Festung Thorn, wo er so lange gefesselt, nach einer fadlich gelegenen Festung gebracht.

Wie das neueste „Mil.-Wochenbl.“ mittheilt ist dem ehemals französischen Offizier, Prot de Bienville, Sek.-Lieut. aggreg. der 11. Artillerie-Brig., unter Aufhebung seiner nur versuchsweise erfolgten Anstellung in der preussischen Armee, der Abschied ertheilt und derselbe aus dem Verbands der preussischen Armee ausgeschieden.

Die Regelung des Versicherungswesens durch Reichsgesetz bietet bei der verwickelten Materie sehr große Schwierigkeiten. Wie man hört, will das Bundeskanzler-Amt im Laufe des Sommers eine Konferenz von Sachverständigen berufen, um auf deren Ausfertigung weitere Schritte zu unternehmen und frühestens im Herbst 1872 dem Reichstage eine Vorlage zu unterbreiten.

Das f. Provinzial-Schulcollegium hat jetzt den Versuch gemacht, in den höheren Lehranstalten auf eine einheitliche Orthographie hinzuwirken. Ein Reskript dieser Behörde stellt den Direktoren dieser Anstalten anheim, die von dem Berliner Gymnasial- und Realschul-Lehrerverein verfaßte Broschüre über deutsche Rechtschreibung in den ihrer Leitung anvertrauten Anstalten einzuführen und als Richtschnur für die Orthographie nehmen zu lassen. Wie verlautet, ist die Einführung dieses Buches in mehreren unserer Gymnasien und Realschulen schon erfolgt.

Königsberg i. Pr., 27. November. Nachdem der Verkauf der Hartung'schen Zeitung an den Geh. Kommerzienrath Simon und Gen. Banquier Samter, Just. R. Heide) perfekt geworden, hat derselbe Käufer nunmehr auch das zweite Königsberger Blatt, die „Preussische Ztg.“, das offizielle Anzeigblatt und Organ der konservativen Partei, an sich gebracht. Hoffen wir, daß nunmehr in Königsberg heftigere Preßverhältnisse Platz greifen, als es bisher der Fall gewesen. (Berl. Ztg.)

Danzig, 27. Nov. Nach der „Westpr. Ztg.“ ist vom Ministerium es Innern der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Mittel zur

Feier der 100-jährigen Wiederbereinigung Westpreußens mit dem preussischen Staate nicht im Wege der Besteuerung beschafft oder aus Kreisfonds entnommen, sondern durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden. Das Festkomitee hat jetzt einen Aufruf an die Bewohner Westpreußens ergehen lassen, zum Gedächtniß der am 27. September 1772 im Konventsremter der Marienburg erfolgten Huldigung der Stände Westpreußens und aus Dankbarkeit für die Wohlthaten der preussischen Herrschaft ein Standbild Friedrichs des Großen vor der Marienburg aufzustellen und durch Bildung von Ortsvereinen die Beschaffung der Geldmittel zu fördern.

Braunsberg, 26. Novbr. Prof. Michalis begab sich auch heute um 7 1/2 Uhr früh in die Kirche; weil er dem Koffer vor 8 Tagen gesagt, daß er immer diese Stunde zu seiner Andacht wählen werde, war für dieselbe kein Gottesdienst festgesetzt. Prof. M. fand die Bank, in welcher er seine Andacht zu verrichten pflegt, verbotlos und fuhrte deshalb an die Kommunionbank, wo er sein Gebet verrichtete. Er wählte eine Stunde, in der keine größere Andacht stattfindet, um in der mildesten Form zu zeigen, daß er sein Recht auf den Besuch der Kirche nicht aufgibt.

Gotha, 27. Nov. Die hiesigen Arbeiter haben sich gegen die von dem Stadtrathe angeordnete Zwangsimpfung erklärt und beschloßen, die Regierung um Aufhebung der Impfsverordnung zu ersuchen. Eine Deputation hat auch sofort den Beschluß an die höchste Stelle vermittelt; es scheint aber letztere keine Rücksicht auf den Wunsch der Arbeiter nehmen zu wollen, da eben jetzt durch einen Ausruf verklärt wird, daß die Zwangsimpfung ihren ungehörigen Fortgang habe. (N. Z.)

Marau, 19. Nov. Der Große Rath wird sich in seiner am 29. d. M. beginnenden Session namentlich auch mit der regierungsräthlichen Vorlage, betreffend Trennung von Staat und Kirche, zu befassen haben. Die mit Begutachtung derselben beauftragte Kommission gelangt zu folgenden Anträgen:

I. Der Große Rath wolle, in Zustimmung mit Regierungsberichten, die Trennung von Staat und Kirche beschließen. II. Der Große Rath wolle beschließen, daß sich diese Trennung auf folgende Materien zu erstrecken und folgende Postulate zur Folge habe: 1) Befreiung der konfessionellen Verfassungsverordnungen; 2) Uebertragung der Führung der Geburts-, Ehe- und Totenbücher an weltliche Beamte; 3) Einführung der obligatorischen Zivilehe; 4) Behandlung des Begräbnisses als Polizeisache; 5) Postung des Staates als solchen vom Bisthumsverbande; 6) Erlass eines Gesetzes über die kirchlichen Genossenschaften; 7) Herausgabe der Bräutigams; 8) Einführung eines für die gelammte Jugend, ohne Rücksicht auf die Konfession, passenden Religionsunterrichtes in sämtlichen Schulen. III. Der Regierungsrath sei einzuladen, im Sinne seines Berichtes vom 16. August 1871 vorzugehen und insbesondere die ad II. 2, 3 und 6 geforderten Gesetzesvorlagen mit thunlicher Beförderung dem Großen Rathe vorzulegen. Ferner sei an den Regierungsrath die Einladung zu richten: a) Sofern die Revision der Bundesverfassung nicht ohne Weiteres die konfessionellen Bestimmungen unserer Verfassung beseitigen sollte, die Aufhebung auf dem Wege der Verfassungsrevision anzubahnen; b) für Vehrmitte zur Ertheilung eines von der Konfession unabhängigen freien und allgemeinen Religionsunterrichtes in den Schulen beizutragen zu sein.

Rom, 26. Novbr. Wie das Journal „Fanfulla“ meldet, haben die oberen geistlichen Korporationen Rom dem Papste die beabsichtigte Kollektiv-Adresse nimmehr überreicht, worin sie die Bitte aussprechen, der Papst möge den Vatikan nicht verlassen. Die Adresse führt aus, wie die Anwesenheit des heiligen Vaters in Rom die bevorstehende Ausführung des Gesetzes über die geistlichen Korporationen maßvoller gestalten, und der Papst nicht nur auf das Wohlwollen der europäischen Mächte, sondern auch auf die Sympathien vieler Italiener rechnen könne. Dasselbe Blatt schreibt: der Papst habe in Folge dieser Bitte die Idee, den Vatikan zu verlassen, aufgegeben. — Zwischen Monsignor de Merode und dem Kardinal Bonaparte hat wegen der prinzipiellen Feindschaft des heiligen Vaters wider den gefallenen Kaiser nie ein aufrichtiges Freundschaftsverhältniß bestanden. In diesen Tagen kam es in Folge einer sehr entschiedenen Darlegung der Michtigkeit der Hoffnungen auf eine bonapartistische Restauration seitens de Merode's zu einer unangenehmen Zankhene mit dem Kardinal. Derselbe entschloß sich alsbald, sein Amt im Vatikan für den Augenblick mit dem Palast Gabrielli zu vertauschen. Principessa Gabrielli ist des Kardinals Schwester.

Staats- und Volkswirtschaft.

* Die Wiener Weltausstellung beschäftigt in den letzten Tagen bereits den Bundesrath. Die Betheiligung der deutschen Industrie an dem Unternehmen soll als Reichssache behandelt und eine Aufforderung an die Einzelstaaten gerichtet werden, die Industriellen für die Beschickung der Ausstellung zu interessieren und nach jeder Richtung hin zu unterstützen, dagegen will man für jetzt davon Abstand nehmen, schon Unterhandlungen wegen des den deutschen Ausstellern einzuräumenden Platzes anzuknüpfen.

Vermischtes.

Culm, 23. Nov. Großes Aufsehen erregt hier die Entdeckung eines bedeutenden Defekts in der städtischen Verwaltung, dessen Höhe man auf ca. 10,000 Thlr. schätzt, und die damit zusammenhängende Verhaftung eines städtischen Beamten. (G.)

* **Altona, 23. Nov.** Der Naturforscher Dr. Eduard Graeffe ist vor wenigen Tagen, nach einer zehnjährigen Abwesenheit, von seinen Forschungsreisen durch die Südpoleiseeln zurückgekehrt. Er war von der bekannten Firma J. C. Godeffroy und Sohn in Hamburg nach den noch wenig bekannten Inselgruppen der Südpoleiseeln entsendet. (N. A.)

* **Cholera.** Man schreibt aus Konstantinopel, 18. d.: Die Cholera will uns noch immer nicht verlassen; jetzt ist dieselbe in allen Stadttheilen ausgebreitet. Täglich sterben 60 bis 80, an einem Tage starben sogar 140 Personen.

* **Papstthum in Südamerika.** In Lima und Callao beabsichtigen 14,000 Italiener, den Jahrestag der Okkupation Roms durch die nationalen Truppen zu begehen. Durch den Klerus beeinflusst, verbietet der Präsident von Peru die Demonstration. Die Studenten jedoch versammelten sich trotz des Verbotes auf einem öffentlichen Platz, um eine Rede des Redakteurs des „National“ anzuhören. Die Truppen schritten gegen sie ein und nahmen 500 gefangen. Tags darauf veranstalteten die Merikalen eine Gegendemonstration, und man hält den Ausbruch einer Revolution für eine nicht unmögliche Folge.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wafner in Posen.

